

## NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der

Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 30.01.2004, 17:00 Uhr

### Anwesend sind:

Herr Stadtrat Biver, Nico	PDS/ML
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte	SPD
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz	B 90 / Die Grünen
Herr Kemmler, Jan	SPD
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich	CDU
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela	CDU
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis	SPD
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz	BfM
Frau Wölk, Marianne	SPD
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon	SPD
Herr Aab, Peter	SPD
Herr Acker, Matthias	SPD
Herr Becker, Reinhold	SPD
Frau Brahms, Karin	SPD
Frau Daser, Dagmar	SPD
Herr Hussein, Schaker	SPD
Frau Lotz-Halilovic, Erika	SPD
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer, Heinrich	SPD
Herr Meyer, Uwe	SPD
Herr Dr. Musket, Ralf	SPD
Frau Schlüter-Böhm, Julia	SPD
Frau Schröter, Roxane	SPD
Frau Schulze-Stampe, Ursula	SPD
Frau Seelig, Johanna	SPD
Frau Sell, Sonja	SPD
Herr Severin, Ulrich	SPD
Frau Dr. Weinbach, Kerstin	SPD
Frau Dersch, Christine	CDU
Frau Gottschlich, Hannelore	CDU
Herr Heck, Hermann	CDU
Herr Heubel, Christian	CDU
Frau Kaufmann, Anita	CDU
Herr Lohse, Ingo	CDU
Frau Mehnert, Ute	CDU
Frau Pötter, Claudia	CDU
Herr Rehlich, Jürgen	CDU
Frau Rising Hintz, Gunilla	CDU
Frau Schaffner, Karin	CDU
Herr Scherer, August	CDU
Herr Usinger, Alexander	CDU
Herr Dr. Wulff, Reimer	CDU
Frau Dr. Baumann, Petra	B 90 / Die

Grünen	
Herr Flohrschütz, Rainer	B90/Die
Grünen	
Herr Göttling, Dietmar	B 90 / Die
Grünen	
Herr Keller, Manfred	B 90 / Die
Grünen	
Frau Lakner, Anna Katharina	B90 / Die
Grünen	
Frau Laßmann, Alev	B 90 / Die
Grünen	
Herr Markus, Jürgen	B 90 / Die
Grünen	
Frau Neuwohner, Elke	B 90 / Die
Grünen	
Frau Perabo, Dr. Christa	B 90 / Die
Grünen	
Herr Schäfer, Wolfram	B90 / Die
Grünen	
Frau Gottschaldt, Eva Christiane	PDS/ML
Frau Kolter, Astrid	PDS/ML
Herr Köster-Sollwedel, Henning	PDS/ML
Herr Metz, Peter	PDS/ML
Frau Richter, Anke	PDS/ML
Herr Faecks, Fridhelm	BfM
Herr Schwindack, Frédéric	BfM
Herr Zaun, Herbert	BfM
Frau Oppermann, Anne	CDU
Herr Röllmann, Jan-Bernd	FDP
Frau Schwebel, Gerlinde	FDP
Herr Wüst, Wilfried	FDP
Herr Dr. Huesmann, Gregor	MBL
Herr Ludwig, Heinz	MBL

Entschuldigt fehlen:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	B 90 / Die	-entschuldigt-
Grünen		
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	CDU	-entschuldigt-
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus	SPD	-entschuldigt-
Herr Chatzievgeniou, Pandelis	SPD	-entschuldigt-
Herr Kissel, Winfried	CDU	-entschuldigt-
Frau Röhrkohl, Anni	CDU	-entschuldigt-

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:04 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Die Stadtverordneten gedenken in einer Schweigeminute der verstorbenen Stadtverordneten Pauli Spies SPD-Fraktion. Der Stadtverordnetenvorsteher geht in einigen Worten auf das Wirken der Stadtverordneten Spies ein.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19. Dezember 2003 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche zum Protokoll werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Von den Fraktion SPD und Bündnis 90 / Die Grünen wird ein Dringlichkeitsantrag zum Thema zügige Fertigstellung der Baumaßnahmen an der Einkaufspassage Oberer Richtsberg vorgelegt. Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor. Die Stadtverordnete Lotz-Halilovic SPD-Fraktion begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Aufnahme in die Tagesordnung wird nicht gesprochen. Somit fügt der Stadtverordnetenvorsteher die Vorlage als TOP 10.1 in die Tagesordnung ein und wird sie entsprechend aufrufen.

Der Stadtverordnete Ludwig MBL-Fraktion hat wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO während der Verhandlung dieser dringlichen Vorlage den Sitzungsraum verlassen.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen.

Sonstige Veränderungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 4 Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.1 01/04)**  
**Vorlage: VO/0032/2004**

**Soll der Boden an der alten Linde in der Neuen Kasseler Straße (gegenüber der Zimmermannstraße) im Fußbereich entsiegelt werden? Sind Schäden für den Baum zu erwarten?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Es handelt sich hier um eine ca. 80 bis 100-jährige alte Winterlinde, deren Traufbereich überwiegend asphaltiert ist.

Da der Baum keine Vitalitätsmängel zeigt und auch keine durch Wurzeln verursachte Anhebungen im Gehsteigbereich erkennbar sind, sehen wir keine Veranlassung, hier eine Sanierung des Traufbereiches vorzunehmen. Die für die Nährstoffversorgung notwendigen feinen Haarwurzeln befinden sich überwiegend unter dem mit Großpflaster ausgelegten angrenzenden Bahngelände.

Würde man den Traufbereich sanieren wollen, bedeutet dies einen hohen finanziellen Aufwand, da die Gefahr besteht bei maschinellen Erdarbeiten statisch relevante Wurzeln des Baumes zu schädigen, mit der möglichen Konsequenz, dass die Standsicherheit nicht mehr gegeben ist. Die Teerdecke müsste manuell abgetragen und die Wurzeln schonend freigespült werden.

Immer wieder anfallendes Totholz im Schwachastbereich ist bei Altbäumen ein völlig normaler Vorgang, der im betr. Fall kein Anzeichen von Vitalitätsmangel bedeutet.

Deshalb sollte aus baumfachlicher Sicht jeder unnötige Eingriff sowohl im oberirdischen- als auch im unterirdischen Teil einer Linde solchen Alters vermieden werden.

zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Alexander Usinger (Nr.2 01/04)**  
**Vorlage: VO/0034/2004**

Der Fragesteller befindet sich nicht im Raum. Die Anfrage wird daher schriftlich mit dem Protokoll beantwortet. Zuständiger Dezernent ist Bürgermeister Vaupel.

Für die Erneuerung der Fenster stehen im Haushaltsplan 2004 69 000,-- Euro zur Verfügung. Die Ausschreibungsunterlagen werden z. Z. erstellt, die Ausführung erfolgt ab März 2004. Für die Fassadensanierung stehen im Haushaltsplan 2004 keine Mittel zur Verfügung. Der Betrag in Höhe von 100 000 ,-- Euro wird zum Haushalt 2005 erneut angemeldet.

zu 4.3 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.3 01/04)**  
**Vorlage: VO/0035/2004**

**Steht das Behring-Mausoleum, Grablege des Nobelpreisträgers, seiner Ehefrau und seiner 6 Söhne, sowie das Grabgelände unter Denkmalschutz? Wenn nein, was kann getan werden, einen Schutz zu erreichen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach den Erhebungen zur Denkmaltopographie Marburg II durch das Landesamt für Denkmalpflege Hessen und die Stadt Marburg ist das Behring-Mausoleum einschl. Grabgelände gemäß § 2 Abs. 1 Hess. Denkmalschutzgesetz (HDSchG) ein Kulturdenkmal und unterliegt somit gemäß § 9 HDSchG den Schutzvorschriften dieses Gesetzes.

zu 4.4 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.4 01/04)**  
**Vorlage: VO/0058/2004**

**Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, warum in der Ausgabe Jan. 2004 von „Studier mal Marburg“ der Apothekennotdienst von Dez. 2003 ausgedruckt war? Oder waren das evtl. die Jan. 2004 Termine nur mit falscher Überschrift?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die korrekten Januar-Daten waren vom Presseamt dem Marbuch-Verlag übermittelt worden und sind dort durch einen technischen Fehler im Datenprogramm mit den Dezember-Angaben vertauscht worden.

Die OP hat auf Veranlassung der Presseamtes am 12.1. einen entsprechenden Hinweis unter „übrigens“ veröffentlicht.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.5 01/04)**  
**Vorlage: VO/0037/2004**

**Welche Nennleistung (KW) erbringt die von den Marburger Stadtwerken errichtete Windkraftanlage in Marburg-Wehrda und wie hoch ist die zu erwartende effektive Jahresleistung?**

**Wie hoch war das Investitionsvolumen und mit welcher Jahresrendite wird kalkuliert?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Nennleistung beträgt 600 kW. Die Jahresstromerzeugung soll ca. 900.000 kWh betragen.

Das Investitionsvolumen beträgt ca. 640.000,00 €. Der Stromerlös wird gemäß EEG bis ca. 77.000,00 €/Jahr betragen.

Kalkuliert wurde mit einer branchenüblichen Jahresrendite.

zu 4.6 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.6 01/04)**  
**Vorlage: VO/0074/2004**

**Wie ist der aktuelle Entwicklungsstand der Realisierung des Projektes Dorfladen Ginseldorf und wann wird der Dorfladen voraussichtlich eröffnet?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

An den Kosten für die bisher erbrachten Planungsleistungen für das ins Auge gefasste Objekt Bachstr. 3 in Ginseldorf haben sich das Land Hessen und die Stadt Marburg beteiligt.

Das weitere Vorgehen in 2004 würde nun die Anmietung des betreffenden Gebäudes sowie den tatsächlichen Umbau beinhalten.

Um Planungssicherheit zu erhalten, hat 01 Ende November 2003 an die Landesregierung geschrieben und um Auskunft über die für das Projekt notwendigen Landesmittel gebeten. Die Informationen, die uns mit Schreiben vom 28.01.2004 von der zuständigen IBH, Investitions Bank Hessen AG zugegangen sind, lassen gegenwärtig eine positive Aussage über den Fortgang des Projektes nicht zu. Ein abschließender Bescheid wird spätestens Ende März 2004 erfolgen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin SPD-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.7 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr.7 01/04)**  
**Vorlage: VO/0038/2004**

**Wie ist der aktuelle Stand bei der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für einen schienengebundenen Regionalverkehr?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der Aktivitäten für eine Verbesserung des Schienenverkehrs im Bereich Mittelhessen ist der folgende Stand erreicht worden:

Das Mittelhessenkonzept liegt seit ca. einem Jahr als Schlussbericht vor und kann im Büro des Stadtverordnetenvorstehers eingesehen werden. Die Studie, die mit den beteiligten Aufgabenträgern ÖPNV und dem RMV eingehend diskutiert und erarbeitet worden ist, wird in den regionalen Nahverkehrsplan des RMV einfließen. Dieser ist derzeit in der Beratungsphase des Aufsichtsrates des RMV und wird dann in die Anhörung der Aufgabenträger ÖPNV kommen. Das Mittelhessenkonzept sieht eine Verstetigung des fahrplanmäßigen Zugangebotes in Richtung Frankfurt/Main vor, die durch die Flügelung und Vereinigung von Triebwagenzügen in Gießen realisiert werden soll. Für die Stadt Marburg soll eine weitere Verbesserung des regionalen Schienenverkehrsangebotes durch die Einrichtung des Haltepunktes Marburg-Mitte erreicht werden. Bei der Erstellung des Mittelhessenkonzept ist dies berücksichtigt worden und ist somit auch Bestandteil des regionalen Nahverkehrsplanes für das RMV-Gebiet.

Derzeit sind noch keine Fortschritte in den Gesprächen zur Oberen Lahntalbahn zu verzeichnen; die Gespräche mit RMV und Kurhessenbahn werden jedoch fortgesetzt.

zu 4.8 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr.8 01/04)**  
**Vorlage: VO/0039/2004**

## Wie wird zur Zeit mit der Fehlbelegungsabgabe bei Sozialwohnungen verfahren ?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die Fehlsubventionsabgabe wird in Marburg gemäß den Vorgaben des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (HessAFWoG) erhoben.

Sie wird jeweils für drei Jahre festgesetzt. Die Hess. Landesregierung überprüft daher nach drei Jahren, in welchen Gemeinden die Abgabe weiterhin zu erheben ist. Da der nächste Leistungszeitraum erst am 1. Juli 2005 beginnt, ist mit einer Entscheidung frühestens Anfang 2005 zu rechnen.

Nach uns vorliegenden Informationen ist eine Abschaffung der Fehlsubventionsabgabe durch das Land Hessen nicht zu erwarten. Geplant ist allerdings eine Anhebung der Einkommensgrenzen, ab deren Überschreitung die Abgabe zu zahlen ist.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Markus Bündnis 90 / Die Grünen wird ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

### zu 4.9 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna-Katharina Lakner (Nr.9 01/04)** **Vorlage: VO/0062/2004**

Erfolgt die Umsetzung der Prioritätenliste zum Verkehrsentwicklungsplan für 2003/2004 nach dem vorgesehenen Zeitplan?

Es antwortet der Bürgermeister

In der nachstehenden Tabelle sind die Einzelmaßnahmen der Phase 1 zur Prioritätenliste des Verkehrsentwicklungsplanes und der jeweilige Sachstand dargestellt:

<b>Maßnahme</b>	<b>Sachstand</b>
Neugestaltung des Ortenbergsteiges	Das Projekt ist ausführungsfähig vorbereitet worden. Baubeginn ist nach der Erteilung des Zuschussbescheides, der voraussichtlich im Mai 2004 eingehen wird.
Einführung des Linksabbiegeverbotes von der Ockershäuser Allee in die Stiftstraße (zunächst als Verkehrsversuch)	Das Linksabbiegeverbot wurde mit dem Ortsbeirat Ockershausen diskutiert. Als Alternative wurde nunmehr herausgearbeitet, ein Einbahnstraßensystem für den Zwetschenweg/Stiftstraße und den Bachweg einzuführen. Die Umsetzung wird in Kürze erfolgen.
Verlagerung des Straßenrandparkens und Verbreiterung der Gehwege in der Ketzerbach	Mit der Universität werden Verhandlungen über die Nutzung des Parkplatzes in der Wilhelm-Roser-Straße durch Anwohner der Ketzerbach verhandelt. Der Universität wurde ein Angebot unterbreitet, wie die Nutzung der Parkplätze vergütet werden könnte. Auf das Angebot gibt es bisher noch keine Reaktion. Für den Gesamtbereich Ketzerbach wird zurzeit eine Planung durch das Büro, das den Wettbewerb für die Umgestaltung des

Elisabethkirchenumfeldes gewonnen hat, erarbeitet. Diese Planung besteht aus mehreren Alternativen, die in den nächsten Wochen mit den Betroffenen diskutiert werden sollen.

ÖPNV - Taktverdichtung und einheitliche Vertaktung auf ausgewählten Linien

Die Vorschläge des Verkehrsentwicklungsplanes zum ÖPNV sind in die Nahverkehrsplanung eingebracht worden. Das Verfahren zur Erarbeitung des Nahverkehrsplanes läuft zurzeit. Zwischenschritte werden auch mit Vertretern der Stadtverordnetenversammlung in den sogenannten Regionalkonferenzen diskutiert. Abschließend soll der Nahverkehrsplan nach der Sommerpause 2004 beschlossen werden.

Einrichtung eines Kreisverkehrs Goßfeldener Straße/Freiherr-vom-Stein-Straße und Einführung von Tempo 30 im Wehrdaer Weg Diese Teilprojekte sind bisher noch nicht konkret weiterverfolgt worden. Ein Kreisverkehr an der Goßfeldener Straße/Freiherr-vom-Stein-Straße wird auch nicht so schnell realisiert werden können, weil die Umsetzung des GVFG-Programms auf Grund der finanziellen Situation wesentlich langsamer verläuft, als dies noch vor zwei Jahren zu erwarten war.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Wulff CDU, Köster PDS/ML und Oppermann CDU werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna-Katharina Lakner (Nr.10 01/04)**  
**Vorlage: VO/0063/2004**

**Für wann ist die Neugestaltung des Brückenkopfes Weidenhäuser Straße vorgesehen?**

*Es antwortet der Bürgermeister:*

Die Neugestaltung des Brückenkopfes Weidenhäuser Straße ist vorgesehen im Zusammenhang mit der Sanierung des Brückenoberbaus. Dazu müssen die Brückengewölbe freigeräumt werden und es muss eine Abdichtung über das gesamte Brückenbauwerk eingebaut werden. In diesem Zuge sollen Versorgungsleitungen, die einzelne Details des Sandsteinbauwerkes beeinträchtigen und an der Oberfläche befestigt wurden, in den Brückenoberbau mit eingebaut werden.

Da sich dabei die Tiefbauarbeiten zwangsläufig auf die Brückenköpfe erstrecken, ist in diesem Zusammenhang dann eine Neugestaltung der Brückenköpfe möglich. Die technische Vorbereitung der Brückensanierung (Statik, Planung der Abdichtungsmaßnahme) erfolgt derzeit. Eine Realisierung der Maßnahme wird erst nach Durchführung der Sanierung des Marbacher Weges, also mittelfristig, erfolgen.

zu **4.11** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.11 01/04)**  
**Vorlage: VO/0040/2004**

**Wann wird der durch Baumaßnahmen betroffene Verbindungsweg zwischen Marburg-Michelbach und Lahntal-Goßfelden (Sandgrube) wiederhergestellt?**



Es antwortet der Bürgermeister:

Die Schäden an der Weinstraße zwischen Michelbach und Goßfelden wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Windkraftanlagen verursacht. Der Feldweg wird von den Betreibern (Stadtwerke Marburg GmbH und Bürgerwindrad) instandgesetzt. Die Arbeiten sollen nach der Aufstellung der dritten, bereits genehmigten Anlage im Sommer 2004 ausgeführt werden. Bis dahin wird der Weg verstärkt kontrolliert und etwaige Verkehrsgefährdungen durch den derzeitigen Zustand kurzfristig beseitigt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck CDU wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.12 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.12 01/04)**  
**Vorlage: VO/0041/2004**

**In welcher Höhe wurde seitens der Stadt Marburg die Errichtung der Weihnachtsmärkte vor dem Rathaus und vor der Elisabethkirche, getrennt nach Standorten, bezuschusst?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Veranstalter des Weihnachtsmarktes (Interessengemeinschaft Rund um die Elisabethkirche) und des Adventsmarktes (Werbekreis Oberstadt) bedienen sich zur Durchführung der Märkte jeweils eines Ausrichters. Die wiederum sind alleinverantwortlich für die Gestellung der notwendigen Infrastruktur, wie Stände, Beleuchtung, etc.. Die Ausrichter (Firma van Elkan an der Elisabethkirche und Firma Panzer in der Oberstadt) bekommen keine finanziellen oder materiellen Zuwendungen von Seiten der Stadt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt PDS/ML und Ludwig MBL-Fraktion werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**Um 17:40 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe SPD-Fraktion die Sitzungsleitung.**

zu 4.13 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr.13 01/04)**  
**Vorlage: VO/0064/2004**

**Wie viele Einsätze wurden in den letzten Monaten von der Polizei in Marburg am Parteibüro der CDU Marburg durchgeführt? Wer kam für die Kosten dieser Einsätze auf und was haben sie den Bürger gekostet?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Hierbei handelt es sich ausschließlich um eine Angelegenheit der Polizei. Die Anfrage sollte direkt an die Polizei gerichtet werden.

zu 4.14 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr.14 01/04)**

**Vorlage: VO/0042/2004**

Ist der Magistrat endlich bereit die Tatsache anzuerkennen, dass die Fußgängerampel am Cineplex-Kino (Biegenstraße) abends erst nach zwei Umläufen für die gefrusteten Fußgänger auf Grün schaltet?

**Und falls nicht, wann wäre der Magistrat zu einem abendlichen Ortstermin bereit, um sich eines Besseren belehren zu lassen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Grundablauf an dieser Anlage ist zweiphasig, wobei die Phase 2 (Fußgängerphase) nur auf Anforderung geschaltet wird. Dies bedeutet, dass die wartenden FußgängerInnen, die die Straße queren wollen, die Anforderungstasten bedienen müssen. Geschieht dies nicht, bekommen die FußgängerInnen keine grüne Phase.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Hussein SPD-Fraktion und Köster PDS-ML werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.15 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.15 01/04)**  
**Vorlage: VO/0045/2004**

**Ist dem Magistrat bekannt, dass in der letzten Zeit zunehmend Randalierer in der Oberstadt nicht nur die Nachtruhe der Bewohner stören, sondern darüber hinaus in der Reitgasse die von den Geschäftsinhabern liebevoll und kostenaufwendig angelegten Pflanzenarrangements demolieren? Was gedenkt der Magistrat dagegen zu tun?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Weder die Polizei noch der FB 3 haben in der letzten Zeit vermehrt Aktivitäten von Randalierern in der Oberstadt festgestellt, so dass sich weitergehende Maßnahmen erübrigen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel FDP-Fraktion werden durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.16 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.16 01/04)**  
**Vorlage: VO/0046/2004**

**Sind die räumlichen Bedingungen im Ausländeramt nach Auffassung des Magistrats derzeit so, dass Gesprächstermine mit den Betroffenen mit der erforderlichen Diskretion durchgeführt werden?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ja, die Diskretion ist gewährleistet.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Köster PDS-ML werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.17 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.17 01/04)**  
**Vorlage: VO/0070/2004**

**"Wie ist der Sachstand in der Problematik der vom Stadtparlament mehrfach angemahnten Erstellung des Denkmaltopografie Marburg II) nach § 10 des Gesetzes zum Schutz der Kulturdenkmäler, welche aktuell insbesondere vor dem Hintergrund der beschlossenen Sanierung der Nordstadt und des Bahnhofsviertels und auch konkret des zunehmenden Verfalls des Ringlokschuppens innerhalb dieses Bereiches dringend erforderlich scheint?"**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach § 10 ist das Landesamt für Denkmalpflege Hessen (LfDH), hier die Außenstelle Marburg, für die Führung des Denkmaltopografie zuständig. Dazu gehört insbesondere nach der Novellierung des Hessischen Denkmalschutzgesetzes (HDSchG) 1980 die Erstellung von Denkmaltopografien.

Die Stadt Marburg hat schon seit Jahren darauf gedrängt, dass eine solche Denkmaltopografie, auch unter Bereitstellung erheblicher Mittel durch die Stadt, erstellt wird.

Erst 1994 konnte mit dem LfDH ein Vertrag über die Erhebungen zur Erstellung der Denkmaltopografie Marburg II abgeschlossen werden. Diese Denkmaltopografie umfasst alle denkmalgeschützten Gebäude und Gesamtanlagen außerhalb der historischen Altstadt und die historischen Ortskerne der Ortsteile. Für die historische Altstadt gibt es bereits eine vorläufige Denkmaltopografie, nämlich den vom Fachbereich Kunstgeschichte unter Prof. Klotz erstellten Foto- und Textband "Bürgerhäuser der Marburger Altstadt", der vom LfDH als vorläufige Denkmaltopografie deklariert wurde.

Nach sehr umfangreichen, aufwendigen Erhebungen im gesamten Stadtgebiet durch eine vom LfDH beauftragte Kunsthistorikerin und einer umfangreichen Nachkartierung durch das LfDH, in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Stadt Marburg/Untere Denkmalschutzbehörde (UDSchB), konnte die Erhebung im 2001 vorläufig zum Abschluss gebracht werden. In Amtshilfe hat danach die Stadt Marburg Fachdienst Stadtentwicklung und -planung, Wirtschaftsförderung/UDSchB die Erhebungen in eine Denkmalfachschiele datenmäßig erfasst, entsprechende Karten erarbeitet und mit dem LfDH abgestimmt, die infolge von dort abgesegnet wurden.

Zur Bearbeitung der Drucklegung der Denkmaltopografie, insbesondere zur Erstellung der wissenschaftlichen Texte etc. wurden sämtliche Unterlagen, die die Stadt Marburg in Amtshilfe erarbeitet bzw. finanziert hat, dem LfDH mit Schreiben vom 24. Januar 2003 übergeben.

Hierbei handelt es sich um die bereits o. g. Lagekarten mit Eintragung der Kulturdenkmäler und Gesamtanlagen, der Fotografien von den denkmalgeschützten Gebäuden und Gesamtanlagen, die von Frau Dr. Kemp im Auftrag der Stadt Marburg erarbeiteten wissenschaftlichen Beschreibungen und die ergänzenden Beschreibungen von Herrn Dr. Leibold, der für ein halbes Jahr vom LfDH eingestellt wurde, um die Weiterbearbeitung der Denkmaltopografie Marburg II vorzunehmen.

Infolge hat der Denkmalbeirat der Stadt Marburg mehrmals das LfDH zu einer Stellungnahme im Rahmen der Sitzungen des Denkmalbeirates aufgefordert.

Der Denkmalbeirat hat für die 1. Sitzung in 2004, am 3. Februar 2004, das LfDH erneut eingeladen und um einen Sachstandsbericht zur Drucklegung der Denkmaltopografie Marburg II gebeten.

Sollte das LfDH die Teilnahme zu dieser Sitzung absagen bzw. bei einer Teilnahme keine neuen Erkenntnisse über den Sachstand vorlegen, da seit Übergabe der Unterlagen nunmehr 1 Jahr vergangen ist, wird der Denkmalbeirat den Magistrat der Stadt auffordern, ein entsprechendes Schreiben an den Präsidenten des LfDH, Herrn Dr. Weiß, Schloss Biebrich, zu schreiben und unmissverständlich den Rückstand seitens des LfDH anmahnen, zumal die Stadt Marburg über das von ihr zu erbringende Maß hinaus bereits erhebliche Vorleistungen sowohl finanziell, materiell als auch in arbeitstechnischer Hinsicht erbracht hat, insbesondere Arbeiten, die vom LfDH hätten erbracht werden müssen.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Köster PDS/ML werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.18 01/04)**  
**Vorlage: VO/0047/2004**

**Wie reagiert der Magistrat darauf, wenn ein von der Stadt vorwiegend unterstützter Verein wie das Café Trauma seinerseits einen anderen Verein mitfinanziert?**

Es antwortet der Bürgermeister:

Mit der Frage wird angespielt auf die Presseveröffentlichung über den „Verein zur Förderung der freien Kultur e. V.“, der Opfer eines Einbruchs wurde. Der Verein, der keine kommunale Förderung bekommt, gibt für verschiedene Kulturträger wie Café Trauma, Radio Unerhört Marburg, Tuntonia, Medienwerkstatt Abraxas, den Kulturverein in der Alten Mensa sowie verschiedene Frauengruppen die monatliche Programmzeitschrift „Kulturbeben“ heraus. Diese kostenlose Zeitschrift wird durch Anzeigen finanziert. Durch Anzeigen nicht abgedeckte Unkosten werden auf die Kulturträger verteilt. Es handelt sich seitens des Café Trauma also nicht um eine Unterstützung des Vereins, sondern die Übernahme von durch Anzeigen nicht gedeckte Unkosten für Öffentlichkeitsarbeit. Wenn Institutionen, Vereine oder auch Privatpersonen Opfer von Einbrüchen werden, sollte ihnen unser Mitgefühl gelten. Das gilt auch dann, wenn die organisatorische Bewältigung des Einbruchs für den „Verein zur Förderung der freien Kultur e. V.“ offenbar mit größeren Problemen und dadurch mit gravierenden finanziellen Schäden für den Verein verbunden war.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rehlich, Rising Hintz und Gottschlich CDU-Fraktion werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.19** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.19 01/04)**  
**Vorlage: VO/0065/2004**

**Welche Vorkehrungen wird der Magistrat für die bevorstehenden Karnevalstage treffen, um die Auswüchse des Straßenkarnevals, wie im letzten Jahr in der Oberstadt, besonders in der Reitgasse, zu verhindern?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Außenverkauf von Getränken ist den betreffenden Gaststätten durch Auflagen nach dem Gaststättengesetz untersagt worden. Durch entsprechende Kontrollen soll die Einhaltung der Auflagen sichergestellt werden. Weiter sind nun repressiv Maßnahmen wie Ordnungswidrigkeitsverfahren nach dem Gaststättengesetz möglich, wenn die Auflagen nicht eingehalten werden.

Außerhalb unseres Einflussbereichs liegt jedoch das Verhalten der Personen, die sich traditionell an den Rosenmontagen in der Reitgasse sammeln. Die von diesen Personen ausgehenden Störungen, können nur durch polizeiliches Einschreiten reguliert werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster PDS/ML und Schwebel FDP werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**Um 18:09 Uhr übernimmt wieder der Stadtverordnetenvorsteher Löwer SPD-Fraktion die Sitzungsleitung.**

zu 4.20 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.20 01/04)  
Vorlage: VO/0059/2004**

An der Stadtmauer hinter der Kugelkirche sind Schäden durch Pflanzenbewuchs entstanden. Kann hier baldmöglichst eine Reparatur erfolgen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Stadtmauer befindet sich im betreffenden Bereich zum Teil in Privateigentum und zum Teil im Eigentum des Landes Hessen. Zunächst ist eine Abstimmung unter den Eigentümern und der Stadt Marburg durchzuführen. Sodann wird baldmöglichst die Reparatur folgen. Vielen Dank für den Hinweis.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen, die Fragen 21 bis 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 5 **Seniorenbeirat  
Hier: Entsendung eines Fraktionsmitgliedes der SPD  
Vorlage: VO/1963/2003**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster PDS/ML-Fraktion. Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Die SPD-Fraktion hat vorgeschlagen, die Stadtverordnete Johanna Seelig SPD in den Seniorenbeirat zu entsenden. Weitere Vorschläge wurden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinfachung des Verfahrens offen über diesen Wahlvorschlag abzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die stadtverordnete Johanna Seelig wird als Fraktionsmitglied der SPD in den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg entsandt. Stellvertreterin ist weiterhin die Stadtverordnete Dagmar Daser SPD-Fraktion.

zu 6 **Entsendung eines Vertreters der katholischen Kirche in den VHS-Beirat**  
**Vorlage: VO/0011/2004**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster PDS/ML-Fraktion. Der Ausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten. Die katholische Kirchengemeinde St. Johannes, Ritterstraße 12, hat als Nachfolger für das bisherige Mitglied Klaus Dorn Herr Dr. Wilfried Wöhle, Hubgraben 2, 35041 Marburg, als neues stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge wurden im Wahlvorbereitungsausschuss nicht vorgetragen. Der Ausschuss empfiehlt daher der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Dr. Wilfried Wöhle zu entsenden. Zur Vereinfachung des Verfahrens sollte offen abgestimmt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Herr Dr. Wilfried Wöhle, Hubgraben 2, 35041 Marburg wird als Vertreter der katholischen Kirche als stellvertretendes Mitglied in den VHS-Beirat entsandt.**

**Herr Dr. Wöhle vertritt das ordentliche Mitglied Hannelore Gottschlich.**

zu 7 **Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplanung**  
**Vorlage: VO/1829/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker SPD-Fraktion. Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss am 25.11.2003 und am 27.01.2004 beraten. Der Stadtverordnete Aab SPD-Fraktion hat folgenden Änderungsantrag eingebracht: Der Feuerwehr Bedarfs- und Entwicklungsplan soll auf Seite 20 der Beschlussvorlage letzter Absatz lauten: Als Zukunftsoption (5-10 Jahre) soll im Bereich des Richtsbergs mit der Einrichtung einer Feuerwehr begonnen werden.

1. Richtsberg: Zum Aufbau einer Jugendfeuerwehr im Bereich des Richtsberges sollen verstärkte Werbemaßnahmen und sofortige Schritte unternommen werden. Die Aufgaben für das Gelingen wird als besondere Herausforderung in die Hände der Feuerwehrleitung, des Wehrführerausschusses, der Fachbereichsleiter und auch des Stadtjugendfeuerwehrausschusses gelegt. Auch Patenschaften bestehender Jugendfeuerwehren und / oder Einsatzabteilungen, als auch einzelne Feuerwehrkräfte (z. B. aus Bauerbach) sind denkbar. Gleichzeitig wird eine Räumlichkeit zum Treffpunkt für

Jugendliche auch unter Berücksichtigung bestehender Räume am Richtsberg gesucht. Die technische Ausbildung von neuen Jugendfeuerwehrmitgliedern wird in der Hauptfeuerwehrwache Marburg durchgeführt.

Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine solche Maßnahme durch das Projekt „Soziale Stadt“ gefördert werden kann.

Der Stadtverordneter Acker SPD-Fraktion hat den Änderungsantrag gestellt, die Nummer 15 der Feuerwehr Bedarfs- und Entwicklungsplanung auf Seite 24 der Vorlage wie folgt zu fassen:

**15. Haushaltsvorbehalt: Die Umsetzungen aller Maßnahmen unterliegt den haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wobei insbesondere die Zuwendungspraxis des Landes Hessen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Marburg die ausschlaggebenden Faktoren sind.**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung dieser Änderungsanträge die Zustimmung zu der Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die im Haupt- und Finanzausschuss geänderte Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten Feuerwehr Bedarfs- und Entwicklungsplan wird in der geänderten Fassung zugestimmt.

zu 8 **Feststellung des Jahresabschlusses der Stiftung St. Jakob zum 31.12.2002**  
**Vorlage: VO/0007/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob schließt zum 31.12.2002 auf der Aktivseite und Passivseite mit einer Bilanzsumme in Höhe von**

**12.558.665,65 €**

**ab.**

**Im Geschäftsjahr 2002 erzielte die Stiftung St. Jakob einen Jahresfehlbetrag in Höhe von**

**- 492.390,74 Euro.**

zu 9 **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Cölbe über die Übertragung von Aufgaben der Abfalleinsammlung**

**Vorlage: VO/0012/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Oktober 2003 zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Cölbe über die Durchführung von Aufgaben der Abfalleinsammlung (VO/1730/2003) wird aufgehoben.**
2. **Der beigefügte Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Cölbe über die Übertragung von Aufgaben der Abfalleinsammlung wird beschlossen.**

**zu 10 Dringlichkeitsanträge**

**zu 10.1 Große Anfrage der Fraktion SPD und Bündnis 90 / Die Grünen  
Betr.: Zügige Fertigstellung der Baumaßnahmen an der Einkaufspassage  
Oberer Richtsberg  
Vorlage: VO/0072/2004**

Gemäß dem Beschlusstenor des Antrages berichtet der Oberbürgermeister zur Sache. Anschließend wird die Aussprache eröffnet. Es sprechen die Stadtverordneten Severin SPD-Fraktion, Lotz-Halilovic SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Möller und Oppermann CDU-Fraktion.

Nach diesen Ausführungen wünscht der Stadtverordneten Severin eine Bandabschrift der Rede des Oberbürgermeisters. Daraufhin sagt der Oberbürgermeister zu, seine Ausführungen dem Stadtverordneten Severin schriftlich zur Verfügung zu stellen

**zu 11 Anträge der Fraktionen**

**zu 11.1 Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Änderung der  
Taktzeiten bei den Fußgängerampeln am Rudolphsplatz  
Vorlage: VO/1907/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Im Umweltausschuss wurde der Antragstext wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Maßnahmen an der Fußgängerampel am Rudolphsplatz eine gefahrlose Überquerung der Straße zu ermöglichen.



In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Annahme des Antrages. Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss behandelt. Es berichtet der Vorsitzender Stadtverordneter Becker SPD-Fraktion. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Annahme des geänderten Antragstextes aus dem Umweltausschuss. Aussprache wurde im Haupt- und Finanzausschuss angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Markus Bündnis 90 / Die Grünen und Köster PDS/ML-Fraktion. Anschließend spricht noch der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Maßnahmen an der Fußgängerampel am Rudolphsplatz eine gefahrlose Überquerung der Straße zu ermöglichen.

zu **11.2**     **Antrag der MBL-Fraktion betr. VHS Marburg**  
              **Vorlage: VO/0016/2004**

Zu diesem Antrag berichtet der Bürgermeister.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärt der Stadtverordnete Ludwig für die antragstellende Fraktion den Antrag als erledigt.

zu **11.3**     **Antrag der FDP-Fraktion betr. Anbringung von Stadtplänen und**  
              **Informationstafeln**

**Vorlage: VO/0019/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker SPD-Fraktion.

Der Antragstext wurde im Haupt- und Finanzausschuss wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, an welchen markanten Stellen der Stadt und in den Stadtteilen zusätzlich Stadtpläne und / oder Informationstafeln angebracht werden können.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung zu der Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, an welchen markanten Stellen der Stadt und in den Stadtteilen zusätzlich Stadtpläne und / oder Informationstafeln angebracht werden können.

zu **12**      **Kenntnisnahmen**

zu **12.1**    **Schlussbericht über die Vergleichende Prüfung des Hessischen  
Rechnungshofes zur Betätigung der Sonderstatusstädte  
Vorlage: VO/1981/2003**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:13 Uhr.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:13 Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Spies  
stellv. Vorsitzende  
der SPD-Fraktion

Rehlich  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle